

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/50

Bonn, den 13. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Bestätigter Führungsauftrag

47

Zum Ergebnis der Berliner Wahlen

2 - 2a

Bekennnis zur "patriotischen Mitte"

68

Reinhold Rehs neuer Präsident des Bundes der Vertriebenen

3 - 4

Lehre aus der jüngsten Vergangenheit

89

Gute Information ist die beste politische Bildung
Von Günter Markscheffel

5 - 6

"Alleinvertretungsanspruch ist Krieg"

58

Die "EDR" ließ in Leipzig ihre Gesichter erkennbar werden

6

Auf Bauernfängerei

31

Es lohnt sich, Großsprecher zu stellen

+ + +

Bestätigter Führungsauftrag

Zum Ergebnis der Berliner Wahlen

sp - Dem siebten Wahlkampf um die Erneuerung des Berliner Senats und der Bezirksverordnetenversammlungen fehlten alle besonderen Kennzeichen. Er verlief ruhig und er fand in einer vom äußeren Druck entspannten Atmosphäre statt, nicht zu vergleichen mit den hektischen Monaten und Jahren nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows und der Errichtung der Mauer. Die im Vergleich zu früheren Wahlen geringere, aber mit 86,2 Prozent immer noch hohe Wahlbeteiligung mag der sichtbare Niederschlag einer inzwischen eingetretenen Normalität sein, soweit man davon bei der Lage des gespaltenen Berlins überhaupt sprechen kann.

Innerhalb dieses Rahmens der Normalität vollzogen sich bei den Wahlen am letzten Sonntag einige von manchen als sensationell bewertete Verschiebungen zwischen den Parteien. Doch was soll an diesem Wahlergebnis sensationell wirken? Die Sozialdemokratie hat zwar einige Stimmen und acht Mandate verloren, aber mit 81 von 140 Sitzen nimmt sie nach wie vor eine beherrschende Stellung ein. Ihr Führungsauftrag wurde auch diesmal wieder bestätigt. Die Berliner CDU schnitt entgegen allen Prognosen besser ab, als sie selbst erwartete. Ihr Stimmenanteil stieg um 4 auf 32,9 Prozent und ihre Mandatszahl von 41 auf 47. Dieser Gewinn hält sich doch in bescheidenen Grenzen, er vermag in keiner Weise den Führungsauftrag der SPD abzuschwächen. Die FDP, bisher mit den Sozialdemokraten eine Koalition bildend, verlor fast ein Prozent an Stimmen und ein Mandat. Dieser Rückschlag trifft diese Partei um so schmerzlicher, als sie an das Auftreten von bekannten Namen als Wahlwerber gewisse Hoffnungen knüpfte; sie trugen. Manche Kommentatoren sehen im Wahlergebnis ein Urteil über die in Bonn bestehende Große Koalition. Wäre dem so, dann hätte die FDP doch davon profitieren müssen. Doch auch für die Berliner Wähler sind die Freien Demokraten keine attraktive Partei, es fehlt ihr an Anziehungskraft.

Für den Stimmen- und Mandatsverlust der SPD kann wohl der Umstand ins Feld geführt werden, daß die Berliner CDU bis in die letzten Tage hinein mit dem Argument einige Wählerschichten erschreckte, die SPD hätte eine Mehrheit von 70 Prozent zu erwarten. Wer möchte schon in normalen Zeiten eine Partei von solcher Stärke regieren sehen? Es war eine Trotzreaktion, die der CDU zugute kam.

Die kommunistische SED liegt mit ihren zwei Prozent weit hinter der sagenhaften Fünf-Prozent-Klausel zurück, deren Überspringen ihr den Eintritt in den Berliner Senat ermöglicht haben würde. Das halbe Prozent, das sie an Stimmen gewann, rekrutiert sich wohl aus der Schar von Mißvergnügten. Der Rückgang der Konjunktur hat auch in Berlin manchen Arbeiterhaushalt empfindlich mit Lohnreduzierungen getroffen. Der Stimmenzuwachs der kommunistischen SED ist mehr als ein sozialer Protest zu werten, denn als Zustimmung zur SED-Politik.

Für Totalitäre linker und rechter Prägung gibt es im freien Berlin keinen Boden. Es bewahrte auch bei diesen Wahlen seine in der Nachkriegszeit erworbene Tradition. Die Sozialdemokratie bleibt auch in Zukunft die entscheidende politische Kraft.

Bekanntnis zur "patriotischen Mitte"Reinhold Rehs neuer Präsident des Bundes der Vertriebenen

sp - Mit nahezu 80 Prozent aller Stimmen wurde Bundestagsabgeordneter Reinhold Rehs am Sonntag zum neuen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV) gewählt und damit wiederum ein Sozialdemokrat Nachfolger von Dr. Wenzel Jaksch, der am 27. November 1966 durch einen Autounfall ums Leben gekommen war. Der außerordentlich hohe Vertrauensbeweis - 85 von insgesamt 108 Stimmen - spricht für die demokratisch verantwortliche, jeder nationalistischen Tonlage abholde Haltung der im Bund der Vertriebenen zusammengeschlossenen Landsmannschaften und Landesverbände und ist zugleich eine Absage an die Kräfte, die aus dem BdV gern eine neue "nationale Opposition" geformt hätten.

Kandidat dieser Kräfte war bis zehn Tage vor der Wahl der frühere Bundesverkehrsminister und Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Hans-Christoph Seebohm. Nicht das, was in der Regierungserklärung zum Deutschlandproblem und zur Nachbarschaft mit den Völkern Osteuropas gesagt worden war, sondern das, was angeblich in dieser Regierungserklärung nicht gesagt worden war, erregte den Unwillen bestimmter Kreise. Die Gespräche bei Bundeskanzler Kiesinger, Bundesaußenminister Brandt und dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Werner, brachten schnell Aufklärung und die Erkenntnis, daß es das erklärte Ziel auch der neuen Bundesregierung sei, so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten, und daß nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen gescheher werde. Seebohm zog hieraus und aus einer unter vier Augen mit Bundeskanzler Kiesinger geführten Gespräch die Konsequenz, seine Kandidatur für die Wahl zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen zurückzuziehen, denn die auf ihn gesetzten Hoffnungen, er könnte so etwas wie der Einpeitscher der Vertriebenen gegen die Große Koalition sein, hätte er, da das Objekt des Angriffs keine Angriffsfläche bot, nicht erfüllen können.

So kam es, daß Rehs der einzige Kandidat für die Wahl zum Präsidenten des BdV war. Seit langem wußten die Vertriebenen, daß sich Rehs nicht nur als Experte der Sozialpolitik, sondern auch als hervorragender Kenner der Rechtsmaterie und als bereiteter Anwalt für eine ebenso selbstbewußtes wie maßvolles Auftreten in der Öffentlichkeit

einen guten Namen erworben hatte. Ihm war es nie darauf angekommen, laut zu tönen und aggressiv zu operieren, er wollte und will vielmehr durch eine fundierte Argumentation und von einer gesicherten Rechtsbasis aus operieren und überzeugen.

In Enger Zusammenarbeit mit Völkerrechtlern hatte er in mehreren Veröffentlichungen Thesen zum Recht auf die Heimat, zum Selbstbestimmungsrecht und zur Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland vorgelegt; zur Zeit arbeitet er an einer Darlegung des Volksgruppenrechts und den rechtlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Doch nicht weniger groß und verdienstvoll waren und sind die Leistungen von Rehs zur Verbesserung des Lastenausgleichs und zur beschleunigten Eingliederung der vertriebenen Bauern. Nicht das schrille und abgenutzte Wort, sondern der stille Dienst für das Recht im politischen und sozialen Leben haben Rehs das Vertrauen eingebracht, dessen Lohn ihm jetzt bei der Wahl zum Präsidenten zuteil wurde.

In seiner ersten Ansprache nach der Wahl bekannte er sich gleich seinem unvergeßlichen Vorgänger Jaksch zur "patriotischen Mitte", worunter er die Zusammenführung aller demokratischen Kräfte für das Ganze verstanden wissen will, worunter die deutliche Absage an jeglichen Radikalismus gemeint ist. Gleichzeitig rief er zu einer "offenen und freimütigen Partnerschaft des guten Willens zwischen der Regierung und den Vertriebenen" auf. Dazu gehört das rechtzeitige informatorische Gespräch, das an die Stelle einer notwendigen nachträglichen Befragung tritt. Es ist nicht denkbar, daß man ohne oder gegen den Willen der Vertriebenen, deren Zahl 10,5 Millionen beträgt, das deutsche Ostproblem bewältigen kann.

Rehs, seit 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und jetzt Präsident des Bundes der Vertriebenen, wird einen Kurs der nationalen Selbstachtung und Selbstbehauptung frei von jeglichem Pathos und nationalistischer Übersteigerung fahren. Er ist ein Anwalt des Rechts, der zusammen mit der Bundesregierung alles daran setzen wird, dieses Recht auch in Politik umzusetzen. Für Nörgerei oder gar Obstruktion wird es unter ihm keine Chance geben. Was Jaksch mutig und leidenschaftlich begonnen hatte, wird Rehs klug und standfest fortsetzen.

Lehre aus der jüngsten Vergangenheit

Gute Information ist die beste politische Bildung

Von Günter Markscheffel

In der STUTTGARTER ZEITUNG vom 25. Februar 1967 konnte man folgenden bemerkenswerten Satz lesen:

- * "Scheinbar glitzernde Pressekonferenzen der Bundesregierung ge-
- * nügen keineswegs, auch dem einfachen Bürger begreiflich zu ma-
- * chen, was alles in diesem Staate geschieht. Worauf es jetzt an-
- * kommt, ist: Überzeugen, deutlich zu machen, Vertrauen zu erwer-
- * ben und Vertrauen Überzeugend weiterzugeben. Natürlich kann
- * auch die sogenannte politische Bildung dabei Nachhilfe leisten.
- * Aber der Kreis, den sie erfaßt, wird immer viel zu klein sein.
- * Die beste politische Bildung kann nur im politischen Alltag
- * durch Parlament und Regierung, durch alle Verantwortlichen ver-
- * mittelt werden, wobei immer die Frage offen bleibt, ob der Kreis
- * der Verantwortlichen nicht zu groß gezogen worden ist mit dem
- * Ergebnis, daß sich wieder viel zu wenige verantwortlich fühlen."

Diese Sätze sprechen zwei Probleme an. Das der korrekten Infor-
mation des Bürgers durch die Bundesregierung und das der politischen
Bildung. Zweifellos ist in der Vergangenheit in dieser Beziehung
viel gesündigt worden. Das Vertrauen zahlreicher Bürger in die Füh-
rungsfähigkeit früherer Regierungen wurde oft dadurch erschüttert,
daß die Realitäten des täglichen Lebens nicht immer in Einklang mit
den Erklärungen auf "glitzernden Pressekonferenzen der Bundesregie-
rung" zu bringen waren. Man denke nur an die Wochen und Monate vor
der Bundestagswahl 1965, an jene Zeit, in der jeder Interessengruppe
Versprechungen gemacht wurden, die nach der Wahl nicht erfüllt wer-
den konnten.

Auch auf außenpolitischem Gebiet haben frühere Bundesregierungen
den Bürger oft genug über den wirklichen Ernst der Lage durch opti-
mistische Erklärungen in Pressekonferenzen hinwegzutäuschen versucht.
Mehr als einmal wurde mitgeteilt, dieser oder jener Minister habe
bei Besuchen im Ausland "volle Übereinstimmung" mit seinen Gastgebern
erzielt. Wenige Tage später mußte der Bürger dann in seinen Zeitun-
gen lesen, daß die Wirklichkeit ganz anders ist.

Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man sagt, daß ein Teil
der NPD-Stimmen auf das Konto einer schlechten Informationspolitik
in früheren Jahren zurückzuführen sein dürfte. Vertrauen zu einer Re-
gierung entsteht nur dann, wenn diese Regierung den Bürgern ins Ver-
trauen zieht, d.h. wenn sie ihn als mündigen Mitarbeiter betrachtet
und nicht versucht, ihn, den Bürger, hinter Licht zu führen.

Die neue Bundesregierung der Großen Koalition scheint ihre In-
formationspolitik sehr ernst nehmen zu wollen. Von kleinen Pannen
abgesehen, hat die neue Bundesregierung dafür gesorgt, daß der Bür-
ger durch korrekte Informationen ständig mit der Wirklichkeit kon-

frontiert wird. Wie in jedem Staat muß auch unsere Regierung gelegentlich die eine oder andere Entwicklung auf innen- oder außenpolitischem Gebiet vorsichtig darstellen, weil eine zu frühzeitige oder zu hastig erfolgte Information den gegenteiligen als den gewünschten Effekt erzielen können. Ein solches Verhalten ist legitim. Auch ein Geschäftsmann wird, wenn er ein bestimmtes Ziel ansteuert, nicht sofort jeden seiner beabsichtigten Züge auf offenem Markt verkünden.

Aber keinesfalls kann der Bürger der Bundesrepublik heute noch sagen, er wisse nicht, was "die da oben" tun, er kenne nicht z.B. die Situation der Bundesfinanzen oder die Sorgen, die uns alle bewegen. Insofern hat sich das Gespann Kiesinger-Brandt bewährt; es hat, assistiert von dem Informationsgespann von Hase-Ablers, auch in dieser Beziehung einen neuen Stil entwickelt.

Mit Recht vermerkt die STUTTGARTER ZEITUNG, "die beste politische Bildung könne nur im politischen Alltag, durch Parlament und Regierung... vermittelt werden". Auch hier hat die neue Bundesregierung und mit ihr die Große Koalition Neuland betreten. Im Gegensatz zu früheren Jahren werden jetzt häufiger sogenannte Hearings veranstaltet, in denen Parlamentarier, Wissenschaftler und andere Experten schwierige Probleme vor aller Öffentlichkeit diskutieren. Dies geschah jetzt in Berlin bei der Diskussion über die Volksversicherung. Es ist zu hoffen, daß auch andere Fragen, wie z.B. die Notstandsgesetzgebung oder die Gesamtproblematik der Großen Finanzreform sowie die Gesundheitspolitik in öffentlichen Hearings zur Debatte gestellt werden.

Selbst wenn bei solchen Gelegenheiten einmal Meinung gegen Meinung hart aufeinanderprallen sollte, wäre dies kein Schaden für die Demokratie. Im Gegenteil, die nicht parlamentarischen Experten können zu Sachfragen oft profilierter Stellung nehmen als Abgeordnete, die sich mit ihrer allgemeinen politischen Tätigkeit natürlich im Rahmen einer Fraktionsgemeinschaft halten. Das öffentliche Forum, bei dem quer durch die Parteien hindurch und gestützt auf Expertenaussagen Praxis und Theorie einander gegenübergestellt werden, ist die beste Form der politischen Bildung. Der Bürger nimmt, vertreten durch die Berichterstatter der Zeitungen, am Verlauf der Diskussionen teil, er kann sich eine eigene Meinung bilden und er wird - falls er überhaupt an dem betreffenden Problem interessiert ist - im Augenblick der Abstimmung im Parlament mit einem gewissen Sachverstand beurteilen können, was zur Entscheidung steht.

Gute Information und die ständige Konfrontation unabhängiger Meinungen beim Bemühen um die Lösung dieses oder jenes Problems sind die beste politische Bildungsarbeit, die im demokratischen Staat geleistet werden kann. Je intensiver beides - die Information und die Konfrontation der verschiedenen Meinungen - in einem Staat gehandhabt wird, um so größer ist die Chance für die Festigung der Demokratie.

"Alleinvertretungsanspruch ist Krieg"

Die "DDR" ließ in Leipzig ihre Gesichter erkennbar werden

et - Die "sovereäne sozialistische Deutsche Demokratische Republik" von März 1967 hat viele Gesichter. Die Leipziger Frühjahrsmesse ließ sie auch dem Westdeutschen deutlicher erkennbar werden als sonst. Sie ist der Staatsratsvorsitzende und Erste SED-Sekretär Walter Ulbricht, den die Toleranzlosigkeit seiner 74 Jahre zu so abstrusen Aussprüchen wie "Das andere da drüben ist Mittelalter!" verführt. Das ist der "DDR"-Star-Kommentator Karl-Eduard von Schnitzler, der Ulbrichts Donner verfielfältigt: "Wir mit 'denen' einen Staat bilden? Niemals! Deutschland sind wir! Es wird nur ein sozialistisches Europa geben oder gar kein einheitliches Europa!" Das ist der stellvertretende FDGB-Vorsitzende Rudi Kirchner, der Arbeiter und Gewerkschafter, natürlich auch in der Bundesrepublik zu erhöhter Kampfaktivität aufruft, um den Vietnam-Kriegern in den USA und den "Expansionspolitikern" in Bonn "das Handwerk zu legen". Das ist schließlich auch der in Ostberlin lebende KPD-Politiker Ledwcha, der, ebenfalls vor der 25. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig, Haus Auensee, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als die unverhüllte Absicht Bonns "enthüllt", die "DDR" doch noch mit militärischer Gewalt unter das Joch des "Konopolkapitalismus" zu zwingen.

Daneben gibt es viele leisere Töne, wie sie z.B. dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Julius Baskow oder dem Minister für Außen- und innerdeutschen Handel, Horst Söfle, wohl anstehen. Diese beiden Herren oder die offiziellen Vertreter der Wirtschaft und Industrie der "DDR" können es sich einfach nicht leisten, so "auf die Pauke zu hauen", wie Walter Ulbricht das beispielsweise tut, der, und darüber sollte man sich keinem Zweifel hingeben, eindeutiger als sonst noch die Ostberliner Marschrichtung bestimmt, auch wenn die Diadochenkämpfe bereits in voller Breite begonnen haben und die Position etwa des Ministerpräsidenten Willi Stoph von dem Politbüromitglied Konnecker auf allen denkbaren Ebenen eifrig berannt wird. Die leisere Töne, die der allgemeinen, im ganzen kritischen und recht besorgten Meinung in der "DDR" besser entsprechen als der Paukenlärm, können aber, so wie die Dinge liegen, leider nicht maßgebend sein, auch wenn man sie nicht aus dem Ohr verlieren darf, wenn man wissen will was Mittelddeutschland wirklich ist. Der Paukenlärm begleitet die Escalation der Ansprüche, die das amtliche Ostberlin heute, selbst erschreckt über das, was sich in dem Bereich, dem es zugehört, ergibt und entwickelt, als Schockthesen von sich gibt. Das geht über die Anerkennung der "DDR" schon hinaus, um die man mit allen Mitteln kämpft, auch wenn man sie etwa durch seine Schnitzlers als etwas hinstelle, dessen man von dieser Bundesrepublik gar nicht bedürfe. Der Paukenlärm antönt bereits eine Zielsprache, die eine Sozialisierung der Bundesrepublik als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands und eine Sozialisierung auch Westeuropas als Voraussetzung für ein einheitliches Europa postuliert.

Solcher Lärm gehört zum Handwerk; gewiß, und Ulbricht und seine Männer betreiben ihr Handwerk rauh genug. Man braucht sich durch diesen Lärm auch keineswegs ins Eckshorn jagen zu lassen, denn auch anderswo und zu anderen Zeiten haben die Wünsche nicht mit den Mitteln Schritt gehalten, über die die Lärmschläger verfügten oder jemals verfügen konnten.

Nur sollte man in der Bundesrepublik insgesamt wissen, daß es endlich gemeinsamer harter Anstrengungen bedarf, um der neuen Situation und der sich daraus ergebenden neuen Verpflichtungen gewachsen zu sein. Und nichts wäre dabei törichter und schrecklicher, als wenn uns im westlichen Teil Deutschlands nichts anderes einfiel, als unsererseits eine "Mauer" zu bauen.

Wenn Brandts und Wehners Rat- und Vorschläge zur Überwindung der gesamtdeutschen Not schon bisher hilfreich waren: Jetzt sollten sie endlich tatkräftig befolgt werden, ehe unsere Position noch schwieriger wird.

+ + +
Auf Bauernfängerei

Es lohnt sich, Großsprecher zu stellen

H.B.-er. - Wo immer in diesen Tagen die bäuerliche Bevölkerung ihrem Unmut über die Opfer Ausdruck verleiht, die auch die Landwirtschaft in einigen Teilbereichen für den Ausgleich des Milliardendefizits der alten Bundesregierungen erbringen mußte, pflegen NPD-Propagandisten in der Nähe zu sein, die den Bauern das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Jene Gestalten, die geglaubt hatten, den außerordentlichen Bauerntag in der Dortmunder Westfalenhalle ausnützen zu können, haben wenigstens die richtige Abfuhr erhalten. Die zerrissenen Plakate und Transparente der braunen Bauernfänger waren die verdiente Antwort. Aber in den lokalen Veranstaltungen in diesen Tagen in den ländlichen Gebieten von Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein treten immer wieder NPD-Leute auf, die den Bauern wohlklingende Versprechungen und Programme der Rechtsextremisten verkünden. In jüngster Zeit zitieren diese Leute - beispielsweise in Rheinland-Pfalz - aus dem nationaldemokratischen Aktionsprogramm, in dem von "kostendeckenden Erzeugerpreisen" und sogar von einer "Erhöhung der Mittel für den Grünen Plan" die Rede ist.

Peinlich pflegt es für die Bauernfänger, wie sich in einigen pfälzischen Versammlungen zeigte, aber immer dann zu werden, wenn sie sich gut orientierten Bauern gegenübersehen, die beispielsweise wissen, daß "Bubi" von Thadden am 9. Januar in einem Interview mit der WELT erklärt hatte, als man ihn nach seinen Kürzungsvorschlägen für den Ausgleich des Bundeshaushalts fragte: "Ich bin für eine Kürzung aller Subventionen um 10 Prozent, ohne Rücksicht auf die Empfänger." Herr von Thadden, der heute den Bauern große Versprechungen macht, hatte in dem Interview ausdrücklich hinzugefügt, daß die von ihm angeregte zehnprozentige Kürzung auch die Landwirtschaft betreffen solle. Mit anderen Worten: Der stellvertretende NPD-Vorsitzende hatte sich für weit höhere Kürzungen an Landwirtschaftsetat ausgesprochen als die Koalitionsparteien.

Wo die Demagogen jetzt mit diesen Festlegungen ihres starken Mannes konfrontiert werden, pflegen sie klein und häßlich von dannen zu ziehen. Das zeigt, daß es sich lohnt, die Großsprecher zu stellen